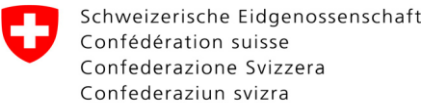


# Monitoring Sozialhilfestopp

## Dublin-Verfahren | Jahresbericht 2025 Ergebnisse in Kürze | neurechtliche Fälle

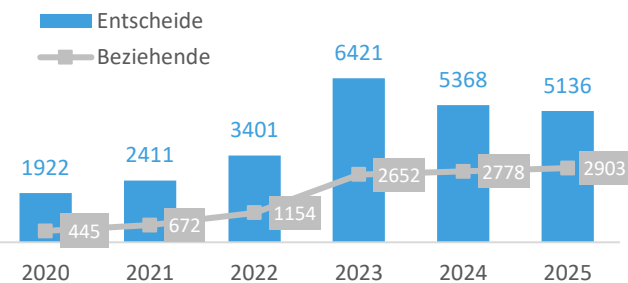
Gesuche mit Datum ab 1. März 2019

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) überprüft die Entwicklung der Nothilfekosten zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Zu diesem Zweck wird ein Informationssystem Monitoring Sozialhilfestopp geführt.



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM

### Entscheide und Beziehende



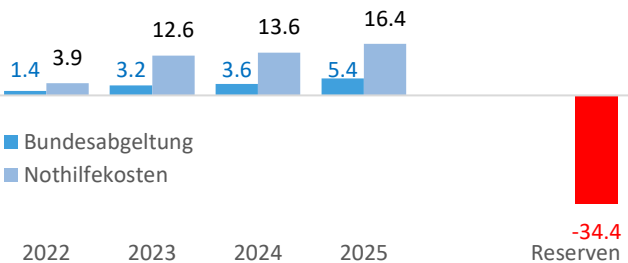
Im Berichtszeitraum sind 5'136 Dublin-NEE in Rechtskraft getreten, davon haben 2'903 Personen Nothilfe beansprucht.

### Bezugsquote und Bezugsdauer

| Beobachtungsperiode  | 2024        | 2025        |
|----------------------|-------------|-------------|
| Bezugsdauer in Tagen | 81          | 77 ▼        |
| Gesamtperiode        | 2019 - 2024 | 2019 - 2025 |
| Bezugsquote in %     | 29          | 32 ▲        |
| Bezugsdauer in Tagen | 89          | 92 ▲        |

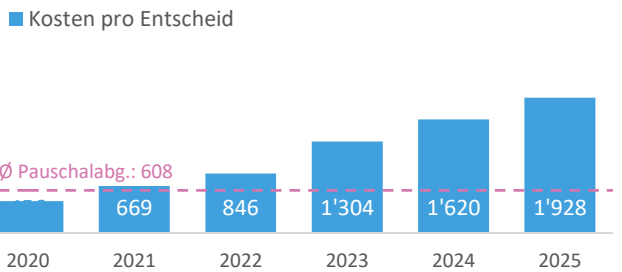
Im Berichtszeitraum belief sich die Bezugsdauer auf 77 Tage. In der Gesamtperiode haben 32% der Personen nach einem Dublin-NEE Nothilfe beansprucht. Die Bezugsdauer belief sich auf 92 Tage.

### Abgeltung und Kosten (in Millionen Franken)



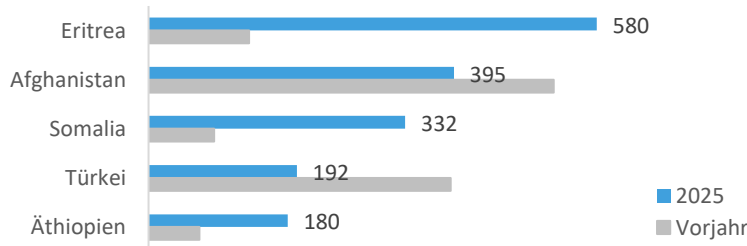
Im Berichtszeitraum betrugen die Nothilfekosten 16,4 Millionen Franken, die Bundesabgeltungen 5,4 Millionen Franken. Insgesamt ergibt sich ein negativer Saldo von rund 34,4 Millionen Franken. Ein Kanton verfügt weiterhin über Reserven, 21 Kantone weisen ein Defizit auf. Vier Kantone erhielten keine Entscheide.

### Kosten pro Entscheid (in Franken)



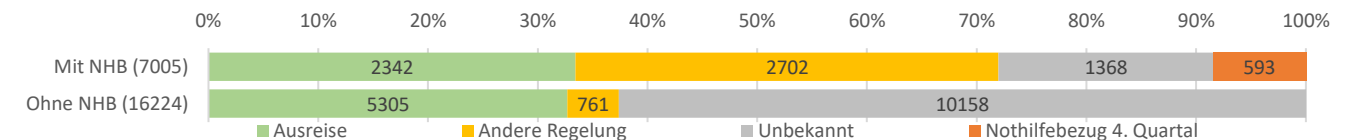
Im Berichtszeitraum fielen pro rechtskräftigem Entscheid Nothilfekosten von 1'928 Franken an. Demgegenüber stehen Pauschalabgeltungen von durchschnittlich 608 Franken pro Entscheid. Damit liegt der Pauschalvenbrauch um 217% höher als die Pauschalhöhe.

### Wichtigste Herkunftsländer (nach Nothilfebeziehenden)



Die meisten Nothilfebeziehenden kamen aus Eritrea (580 Personen). Sie stehen mit 1'148 negativen Entscheiden an der 6. Stelle bei den Entscheiden. Afghanistan weist die zweitgrösste Anzahl Nothilfebeziehender auf (395 Beziehende) und steht mit 4'315 negativen Entscheiden an 1. Stelle bei den Entscheiden. An dritter Stelle bei der Anzahl Nothilfebeziehender stehen Staatsangehörige aus Somalia mit 332 Beziehenden. Mit 880 negativen Entscheiden stehen sie bei den Entscheiden an 7. Stelle.

### Abgangsanalyse der Nothilfeberechtigten



Von den 7005 Beziehenden reisten 33 % aus (2342). 39 % erhielten eine andere Regelung (2537/2702 Personen stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). 20 % sind auf unbekanntem Wege aus dem System ausgeschieden (1368). Die restlichen 9 % haben im 4. Quartal Nothilfe beansprucht (593). Ohne Nothilfebezug reisten rund 33 % der 16 224 Personen aus (5305). Rund 5 % schieden durch eine andere Regelung aus dem System aus (681/761 Personen stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). Die restlichen 63 % schieden auf unbekannte Weise aus dem System aus (10 158).

# Monitoring Sozialhilfestopp

## Beschleunigtes Verfahren | Jahresbericht 2025

### Ergebnisse in Kürze | neurechtliche Fälle

Gesuche mit Datum ab 1. März 2019

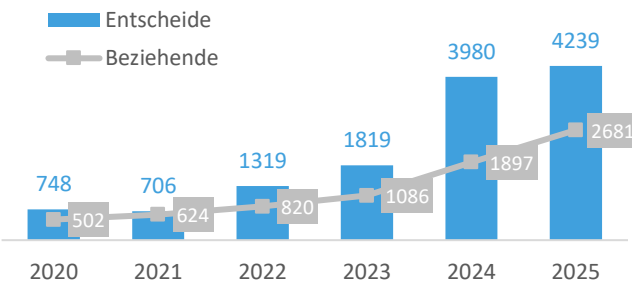
Das Staatssekretariat für Migration (SEM) überprüft die Entwicklung der Nothilfekosten zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Zu diesem Zweck wird ein Informationssystem Monitoring Sozialhilfestopp geführt.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM

#### Entscheide und Beziehende



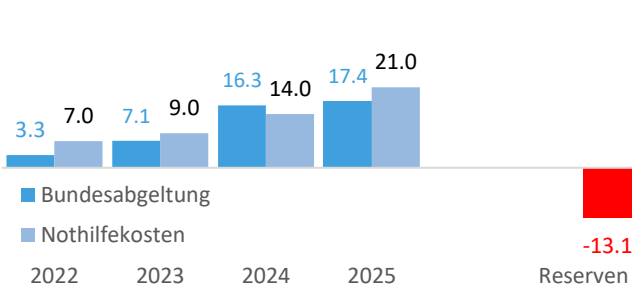
Im Berichtszeitraum wurden 4'239 negative Entscheide nach einem beschleunigten Verfahren rechtskräftig. 2'681 der davon betroffenen Personen bezogen Nothilfe.

#### Bezugsquote und Bezugsdauer

| Beobachtungsperiode  | 2024        | 2025        |
|----------------------|-------------|-------------|
| Bezugsdauer in Tagen | 115         | 121 ▲       |
| Gesamtperiode        | 2019 - 2024 | 2019 - 2025 |
| Bezugsquote in %     | 34          | 37 ▲        |
| Bezugsdauer in Tagen | 202         | 195 ▼       |

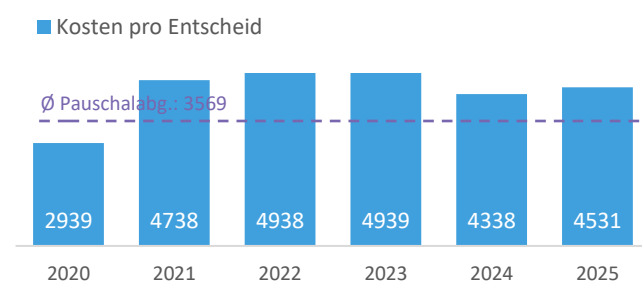
Im Berichtszeitraum belief sich die Bezugsdauer auf 115 Tage. In der Gesamtperiode haben 34 % der Personen, deren Entscheid nach einem beschleunigten Verfahren rechtskräftig wurde, Nothilfe beansprucht. Die Bezugsdauer belief sich auf 202 Tage.

#### Abgeltung und Kosten (in Millionen Franken)



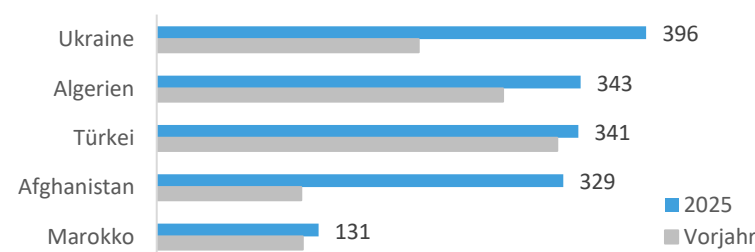
Im Berichtszeitraum betrugen die Nothilfekosten rund 21 Millionen Franken, die Bundesabgeltungen 17,4 Millionen Franken. Es besteht ein gesamtschweizerisches Defizit von rund 13,1 Millionen Franken. 12 Kantone verfügen weiterhin über Reserven, 14 Kantone weisen ein Defizit auf.

#### Kosten pro Entscheid (in Franken)



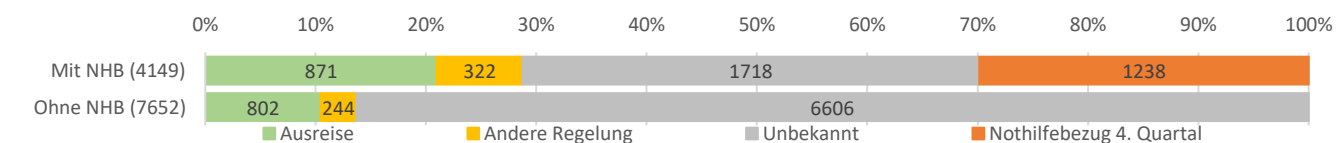
Im Berichtszeitraum fielen pro rechtskräftigem Entscheid Nothilfekosten von 4'531 Franken an. Demgegenüber stehen Pauschalabgeltungen von durchschnittlich 3'569 Franken pro Entscheid. Damit liegt der Pauschalenverbrauch um 27% höher als die Pauschalhöhe.

#### Wichtigste Herkunftsländer (nach Nothilfebeziehenden)



Der grösste Anteil der Nothilfebeziehenden kam aus der Ukraine (396 Personen). Sie stehen mit 2'409 negativen Entscheiden klar an erster Stelle. Es folgen algerische Staatsangehörige mit 343 Beziehenden. Sie stehen mit 1'452 negativen Entscheiden an 3. Stelle bei den Entscheiden.) Die Türkei weist 341 Beziehende auf und steht mit 1'600 negativen Entscheiden an 2. Stelle betreffend Entscheide.

#### Abgangsanalyse der Nothilfeberechtigten



Von den 4149 Beziehenden reisten rund 21 % aus (871), 8 % erhielten eine andere Regelung (256/322 Personen stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). 41 % sind auf unbekanntem Wege aus dem System ausgeschieden (1718). Die restlichen 30 % haben im 4. Quartal Nothilfe beansprucht (1238). Ohne Nothilfebezug reisten 11 % der 7652 Personen aus (802). Rund 3 % schieden durch eine andere Regelung aus dem System aus (187/244 Personen stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). Rund 86 % schieden auf unbekannte Weise aus dem System aus (6606).

# Monitoring Sozialhilfestopp

## Erweitertes Verfahren | Jahresbericht 2025

### Ergebnisse in Kürze | neurechtliche Fälle

Gesuche mit Datum ab 1. März 2019

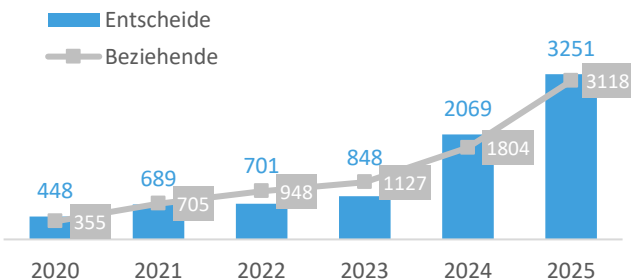
Das Staatssekretariat für Migration (SEM) überprüft die Entwicklung der Nothilfekosten zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Zu diesem Zweck wird ein Informationssystem Monitoring Sozialhilfestopp geführt.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM

#### Entscheide und Beziehende



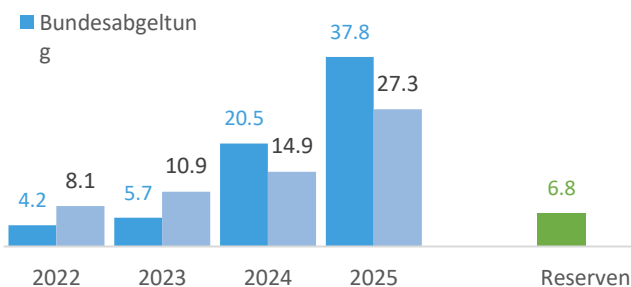
Im Berichtszeitraum wurden 3251 negative Entscheide nach einem erweiterten Verfahren rechtskräftig. 3118 Personen bezogen Nothilfe.

#### Bezugsquote und Bezugsdauer

| Beobachtungsperiode  | 2024        | 2025        |
|----------------------|-------------|-------------|
| Bezugsdauer in Tagen | 148         | 152 ▲       |
| Gesamtperiode        | 2019 - 2024 | 2019 - 2025 |
| Bezugsquote in %     | 62          | 62 ▲        |
| Bezugsdauer in Tagen | 260         | 250 ▼       |

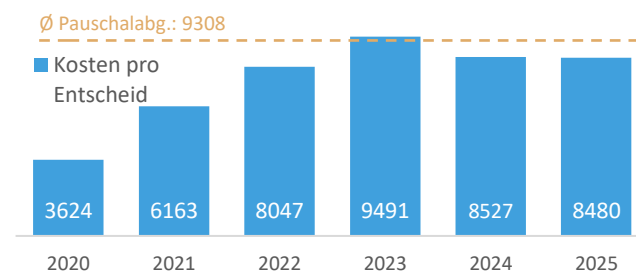
Im Berichtszeitraum belief sich die Bezugsdauer auf 152 Tage. In der Gesamtperiode haben 62 % der Personen, deren Entscheid nach einem erweiterten Verfahren rechtskräftig wurde, Nothilfe beansprucht. Die Bezugsdauer belief sich auf 250 Tage.

#### Abgeltung und Kosten (in Millionen Franken)



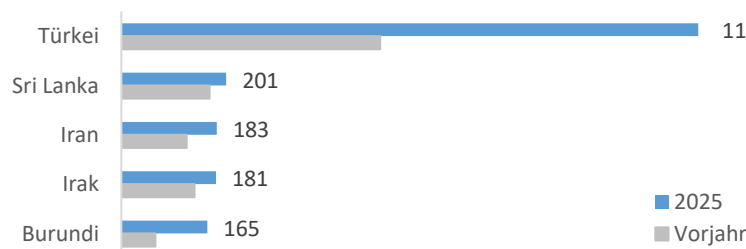
Im Berichtszeitraum betrugen die Nothilfekosten 27,3 Millionen Franken, die Bundesabgeltungen 37,8 Millionen Franken. Somit bestehen gesamtschweizerisch Reserven von rund 6,8 Millionen Franken. 15 Kantone verfügen über Reserven, 11 Kantone weisen ein Defizit auf.

#### Kosten pro Entscheid (in Franken)



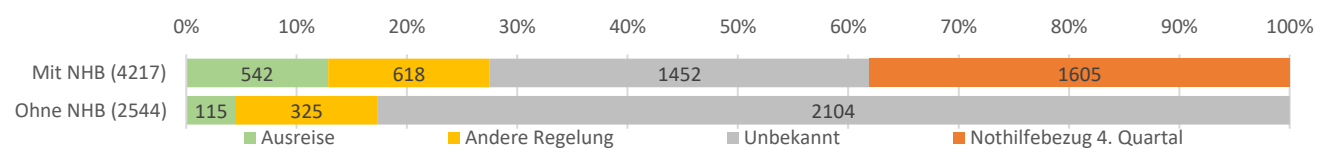
Im Berichtszeitraum fielen pro rechtskräftigem Entscheid Nothilfekosten von 8'480 Franken an. Demgegenüber stehen Pauschalabgeltungen von durchschnittlich 9'308 Franken pro Entscheid. Damit liegt der Pauschalenverbrauch knapp 9% tiefer als die Pauschalhöhe.

#### Wichtigste Herkunftsländer (nach Nothilfebeziehenden)



Der grösste Anteil der Nothilfebeziehenden kam aus der Türkei (1'105 Personen). Sie stehen mit 2'656 negativen Entscheiden klar an erster Stelle. Sri Lanka folgt mit 201 Beziehenden und befindet sich mit 908 negativen Entscheiden auf dem 2. Rang. Der Iran weist 183 Beziehende auf und steht bei den negativen Entscheiden mit 390 Entscheiden an 4. Stelle.

#### Abgangsanalyse der Nothilfeberechtigten



Von den 4217 Beziehenden reisten 13 % aus (542), 15 % erhielten eine andere Regelung (496/618 Personen stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). 38 % sind auf unbekanntem Wege aus dem System ausgeschieden (1157). Die restlichen 34 % haben im 4. Quartal Nothilfe beansprucht (1605). Ohne Nothilfebezug reisten rund 5 % der 2544 Personen aus (115). Rund 13 % schieden durch eine andere Regelung aus dem System aus (287/325 Personen davon stellten ein Asyl-/Mehrfachgesuch). Rund 83 % schieden auf unbekannte Weise aus dem System aus (2104).

# Monitoring Sozialhilfestopp

## Anpassungsmechanismus | Jahresbericht 2025

### Ergebnisse in Kürze | neurechtliche Fälle

Gesuche mit Datum ab 1. März 2019

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) überprüft die Entwicklung der Nothilfekosten zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Zu diesem Zweck wird ein Informationssystem Monitoring Sozialhilfestopp geführt.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM

## Anpassungsmechanismus

Die Änderung der aktuellen Bundesabgeltung erfolgt, wenn das Produkt aus Bezugsquote und Bezugsdauer der letzten sechs Jahre um mindestens 10% von der aktuellen Bundesabgeltung abweicht und die Bedingungen, nach denen der Pauschalbetrag erhöht oder gesenkt werden kann, erfüllt sind:

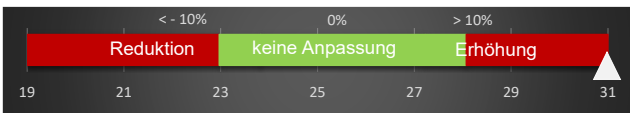
- Die Pauschale wird erhöht, wenn die Nettoreserven der Kantone die durchschnittlichen jährlichen Bundesabgeltungen der vergangenen vier Jahre unterschreiten.
- Die Pauschale wird reduziert, wenn die Nettoreserven der Kantone die durchschnittlichen jährlichen Bundesabgeltungen der vergangenen vier Jahre überschreiten.

## Dublin-Verfahren

### Prüfung des Produkts

Abweichung zum Produkt der Pauschale

21.55%



### Prüfung der Reserven

Nettoreserven im Verhältnis zu Bundesabgeltung

-1054.0%



Prüfung Produkt Die Abweichung beträgt mehr als +10 % des ursprünglichen Produkts; eine Erhöhung der Pauschale wird geprüft

Prüfung Reserven Die Nettoreserven der Kantone liegen unter der 100 % Marke

Fazit **Die Pauschale wird erhöht**

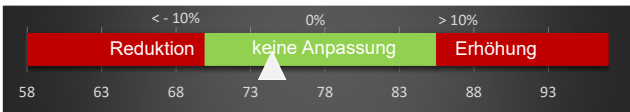
Schutzklausel Die Reserven unterschreiten die 25% Marke; die Entwicklung der Reserven wird beobachtet

## Beschleunigtes Verfahren

### Prüfung des Produkts

Abweichung zum Produkt der Pauschale

-4.30%



### Prüfung der Reserven

Nettoreserven im Verhältnis zu Bundesabgeltung

-151.0%



Prüfung Produkt Die Abweichung beträgt weniger als ±10 % des ursprünglichen Produkts; keine Anpassung der Pauschale

Prüfung Reserven -

Fazit **Die Pauschale wird nicht angepasst**

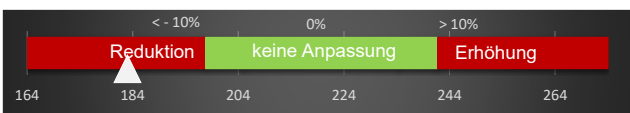
Schutzklausel Die Reserven unterschreiten die 25% Marke; die Entwicklung der Reserven wird beobachtet

## Erweitertes Verfahren

### Prüfung des Produkts

Abweichung zum Produkt der Pauschale

-16.61%



### Prüfung der Reserven

Nettoreserven im Verhältnis zu Bundesabgeltung

-3.0%



Prüfung Produkt Die Abweichung beträgt mehr als -10 % des ursprünglichen Produkts; eine Senkung der Pauschale wird geprüft

Prüfung Reserven Die Nettoreserven der Kantone liegen unter der 100 % Marke

Fazit **Die Pauschale wird nicht angepasst**

Schutzklausel Die Reserven unterschreiten die 25% Marke; die Entwicklung der Reserven wird beobachtet

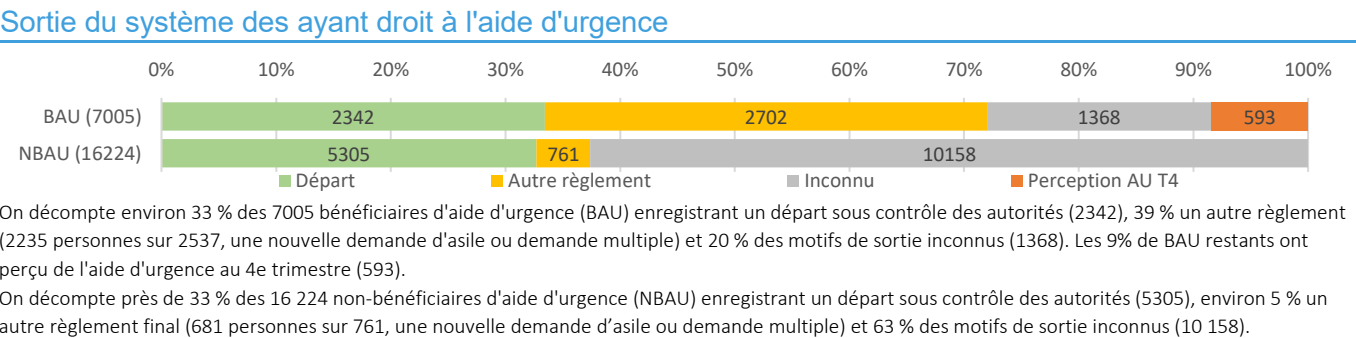
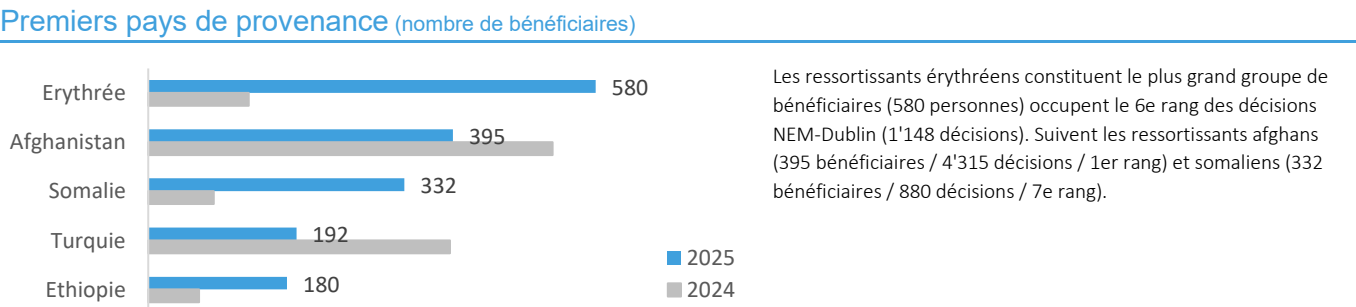
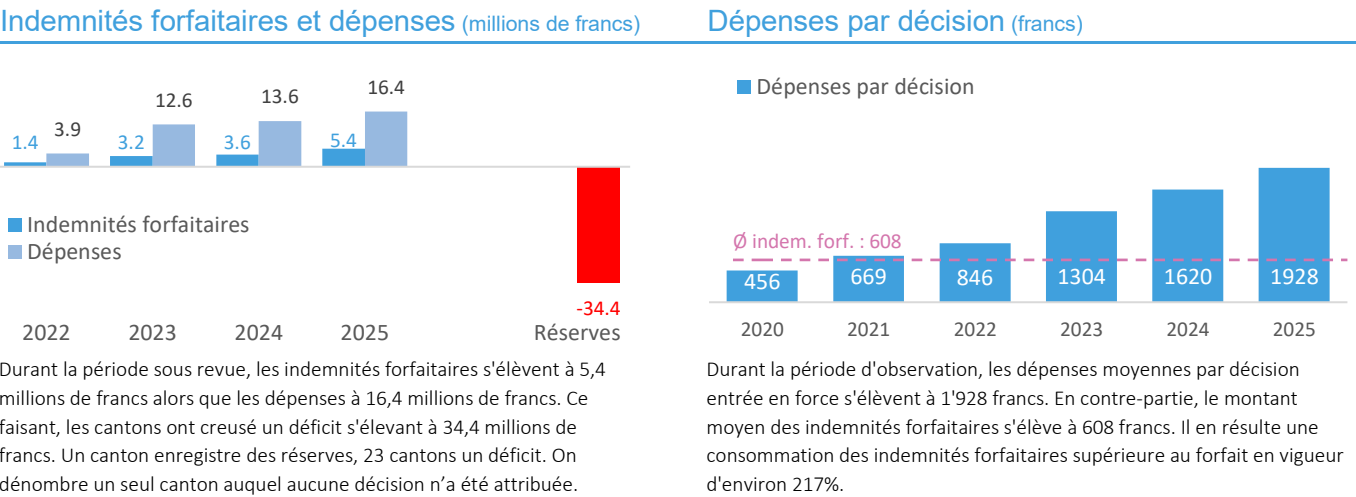
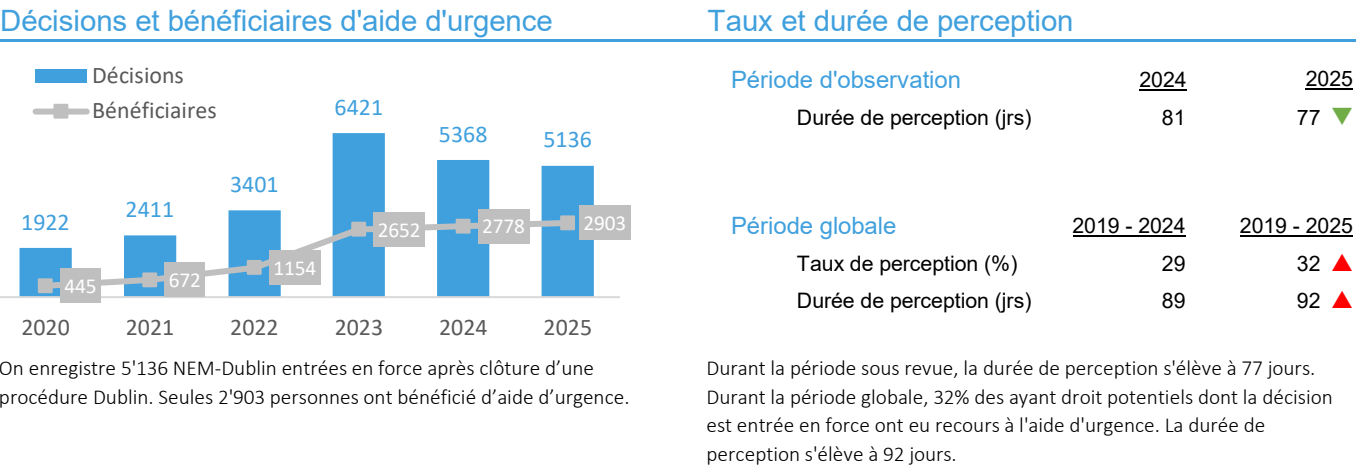
# Monitoring concernant la suppression de l'aide sociale

## Procédure Dublin | Rapport annuel 2025

### Résultats en bref | nouveaux dossiers

Dossiers régis par le droit (LAsi) en vigueur à partir du 1er mars 2019

Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) étudie l'évolution des coûts en matière d'aide d'urgence en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS). À cette fin, le SEM gère un système d'information sur le Monitoring sur la suppression de l'aide sociale.



# Monitoring concernant la suppression de l'aide sociale

## Procédure accélérée | Rapport annuel 2025

### Résultats en bref | nouveaux dossiers

Dossiers régis par le droit (LAsi) en vigueur à partir du 1er mars 2019

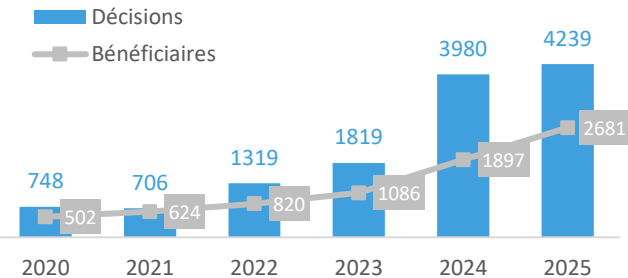
Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) étudie l'évolution des coûts en matière d'aide d'urgence en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS). À cette fin, le SEM gère un système d'information sur le Monitoring sur la suppression de l'aide sociale.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP  
Secrétariat d'Etat aux migrations SEM

#### Décisions et bénéficiaires d'aide d'urgence



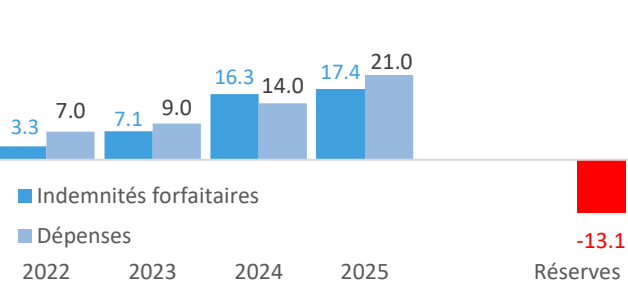
On enregistre 4'239 NEGE et NEM entrées en force après clôture d'une procédure accélérée. On dénombre 2'681 personnes ayant bénéficié d'aide d'urgence.

#### Taux et durée de perception

| Période d'observation     | 2024        | 2025        |
|---------------------------|-------------|-------------|
| Durée de perception (jrs) | 115         | 121 ▲       |
| Période globale           | 2019 - 2024 | 2019 - 2025 |
| Taux de perception (%)    | 34          | 37 ▲        |
| Durée de perception (jrs) | 202         | 195 ▼       |

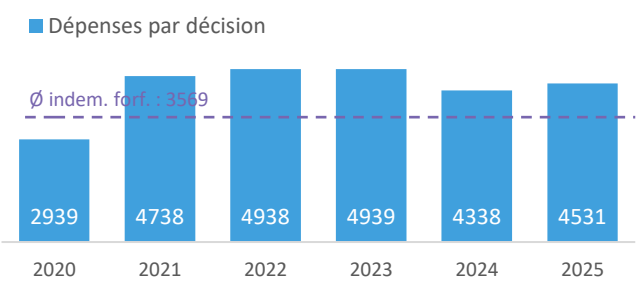
Durant la période sous revue, la durée de perception s'élève à 121 jours. Durant la période globale, 37% des ayant droit potentiels dont la décision est entrée en force ont eu recours à l'aide d'urgence. La durée de perception baisse à 195 jours.

#### Indemnités forfaitaires et dépenses (millions de francs)



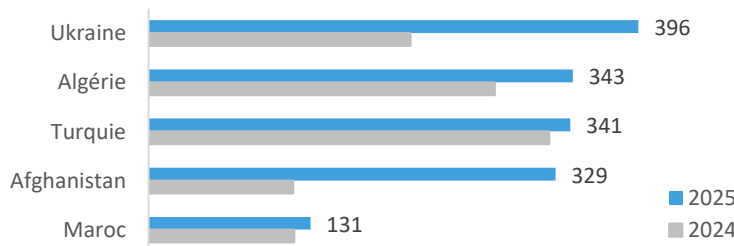
Durant la période sous revue, les indemnités forfaitaires s'élèvent à 17,4 millions de francs, alors que les dépenses ont atteint près de 21 millions de francs. On enregistre un déficit d'environ 13,1 millions de francs. On dénombre 12 cantons enregistrant des réserves, 14 cantons un déficit.

#### Dépenses par décision (francs)



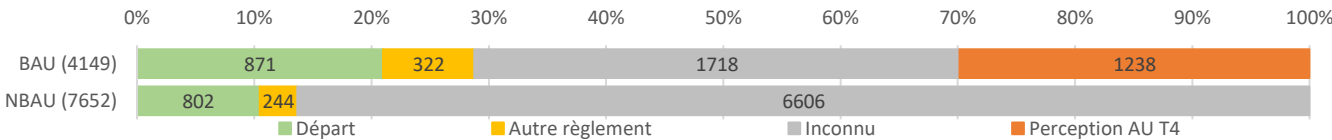
Durant la période d'observation, les dépenses par décision entrée en force s'élèvent à 4'531 francs. En contre-partie, le montant moyen des indemnités forfaitaires s'élève à 3'569 francs. Il en résulte une consommation des indemnités forfaitaires supérieure au forfait en vigueur d'environ 27%.

#### Premiers pays de provenance (nombre de bénéficiaires)



Les ressortissants ukrainiens constituent le plus grand groupe de bénéficiaires (396 personnes). Ils sont également en tête de liste des décisions NEGE et NEM suite à une procédure accélérée (2'409 décisions). Suivent les ressortissants algériens (343 bénéficiaires / 1'452 décisions / 3e rang) et les turcs (341 bénéficiaires / 1'600 décisions / 2e rang).

#### Sortie du système des ayant droit à l'aide d'urgence



On décompte environ 21 % des 4149 bénéficiaires d'aide d'urgence (BAU) enregistrant un départ sous contrôle des autorités (871), 8 % un autre règlement (256 personnes sur 322, une nouvelle demande d'asile ou demande multiple) et 41 % des motifs de sortie inconnus (1718). Près de 30 % des BAU restants ont perçu de l'aide d'urgence au 4e trimestre (1238)

On décompte près de 11 % des 7652 non-bénéficiaires d'aide d'urgence (NBAU) enregistrant un départ sous contrôle des autorités (802), environ 3 % un autre règlement final (187 personnes sur 244, une nouvelle demande d'asile ou demande multiple) et plus de 86 % des motifs de sortie inconnus (7652).

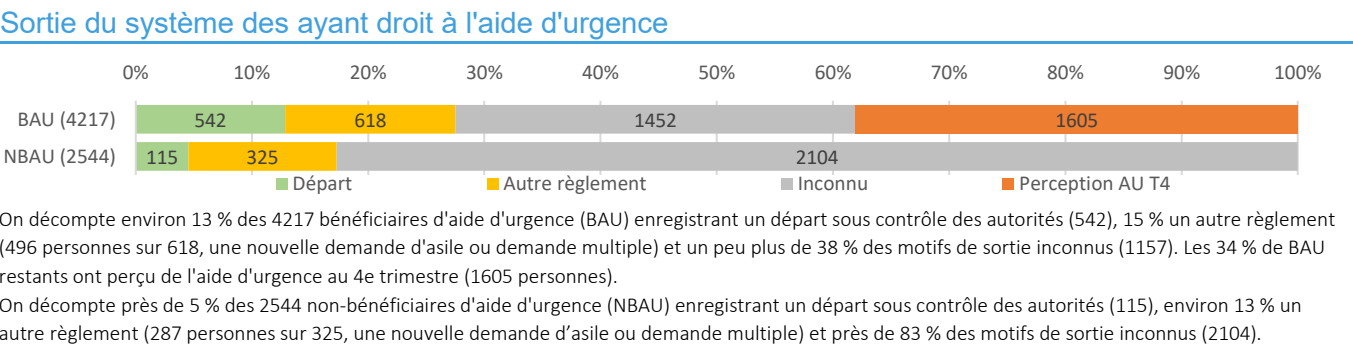
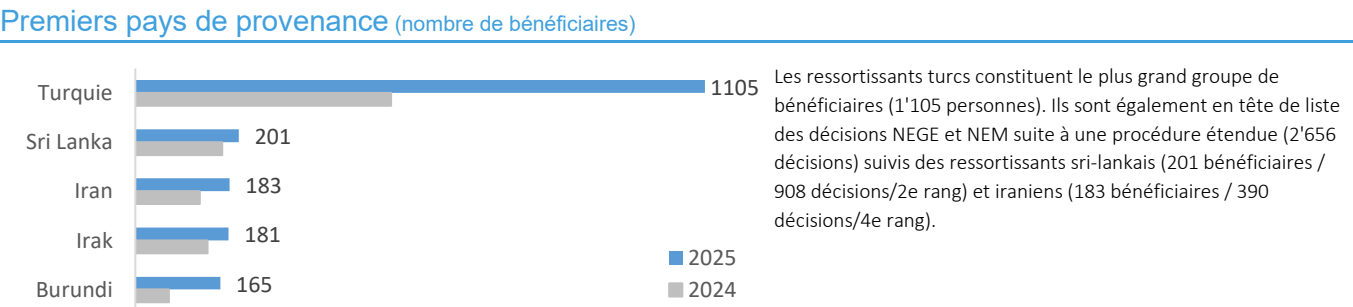
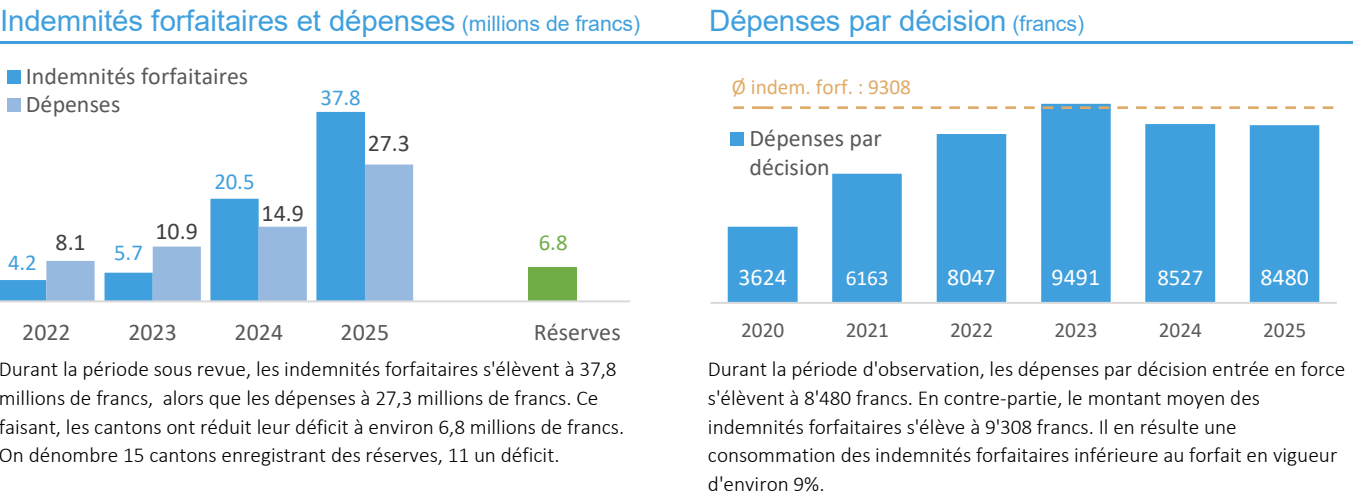
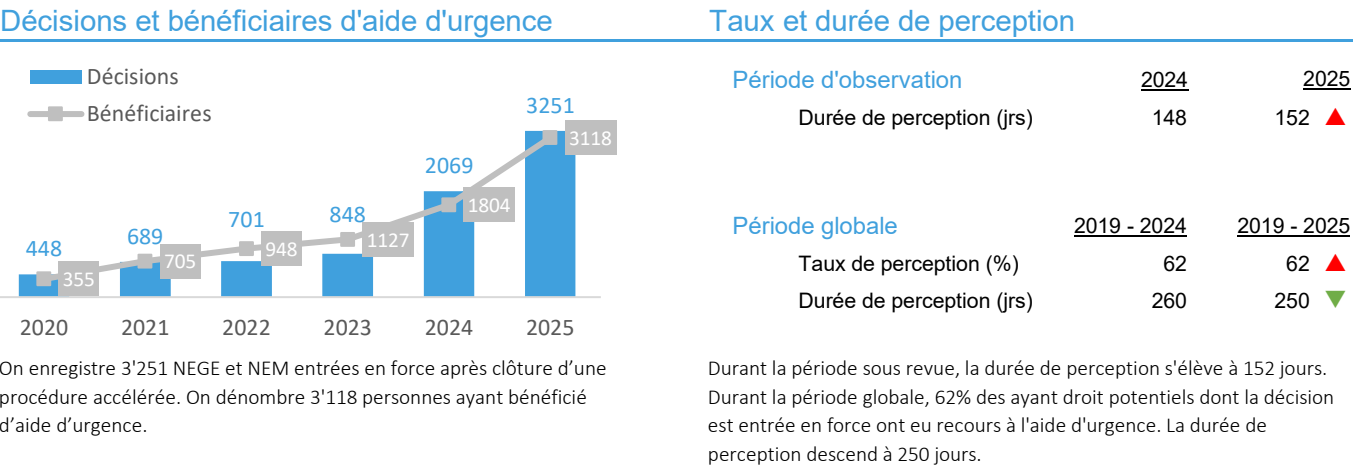
# Monitoring concernant la suppression de l'aide sociale

## Procédure étendue | Rapport annuel 2025

### Résultats en bref | nouveaux dossiers

Dossiers régis par le droit (LAsi) en vigueur à partir du 1er mars 2019

Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) étudie l'évolution des coûts en matière d'aide d'urgence en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS). À cette fin, le SEM gère un système d'information sur le Monitoring sur la suppression de l'aide sociale.





# Monitoring concernant la suppression de l'aide sociale

## Mécanisme d'ajustement | Rapport annuel 2025

### Résultats en bref | nouveaux dossiers

Dossiers régis par le droit (LAsi) en vigueur à partir du 1er mars 2019

Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) étudie l'évolution des coûts en matière d'aide d'urgence en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS). À cette fin, le SEM gère un système d'information sur le Monitoring sur la suppression de l'aide sociale.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP  
Secrétariat d'Etat aux migrations SEM

## Mécanisme d'ajustement

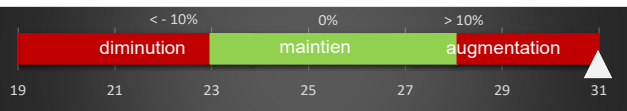
La modification du forfait en vigueur a lieu, si l'examen du produit arithmétique du taux moyen de bénéficiaires par la durée moyenne de perception des prestations durant les six années précédentes, présente une différence d'au moins 10 % par rapport aux forfaits en vigueur et, que les conditions selon lesquelles le forfait peut être augmenté ou diminué sont remplies, c'est-à-dire :

- Le forfait est augmenté si les réserves financières nettes des cantons sont inférieures à la moyenne des montants totaux annuels versés aux cantons durant les quatre années précédentes à titre de forfait.
- Le forfait est diminué si les réserves financières nettes des cantons équivalent au minimum à la moyenne des montants totaux annuels versés aux cantons durant les quatre années précédentes à titre de forfaits.

## Procédure Dublin

### Examen du produit

Ecart du produit moyen au forfait : **21.55%**



### Examen des réserves

Réserves nettes / indemnités forfaitaires : **-1054.0%**

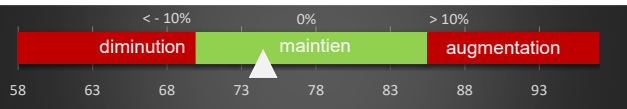


Examen produit : l'écart est supérieur au forfait en vigueur d'au moins + 10 % ; « augmentation »  
Examen réserves : les réserves financières nettes cantonales sont < 100 %  
**Conclusion :** **le montant des indemnités forfaitaires est augmenté**  
Clause de sauvegarde : les réserves sont < 25 % ; évolution à suivre

## Procédure accélérée

### Examen du produit

Ecart du produit moyen au forfait : **-4.30%**



### Examen des réserves

Réserves nettes / indemnités forfaitaires : **-151.0%**



Examen produit : l'écart se situe entre - 10 et + 10 % ; « maintien »  
Examen réserves : -  
**Conclusion :** **le montant des indemnités forfaitaires est maintenu**  
Clause de sauvegarde : les réserves sont < 25 % ; évolution à suivre

## Procédure étendue

### Examen du produit

Ecart du produit moyen au forfait : **-16.61%**



### Examen des réserves

Réserves nettes / indemnités forfaitaires : **-3.0%**



Examen produit : l'écart est supérieur au forfait en vigueur d'au moins + 10 % ; « diminution »  
Examen réserves : les réserves financières nettes cantonales sont < 100 %  
**Conclusion :** **le montant des indemnités forfaitaires est maintenu**  
Clause de sauvegarde : les réserves sont < 25 % ; évolution à suivre